

Rede zur Kundgebung des Wuppertaler Friedensforums am 22.01.2025: „Der Atomwaffenverbotsvertrag ist seit vier Jahren in Kraft“

Der 22. Januar ist ein historisches Datum. Denn an diesem Tag vor vier Jahren trat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft.

Am 07.07.2017 haben von den 193 UN-Staaten ganze 122 Staaten für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrags gestimmt..

Bis heute (Stand: 1. Oktober 2024) haben 94 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet, 73 Staaten haben ihn ratifiziert bzw. sind beigetreten.

Die [Resolution zur Atomwaffenverbotsvertrag](#) in der UN-Vollversammlung wurde am 7. Dezember 2020 von 130 Staaten unterstützt, 42 Staaten stimmten dagegen bei 14 Enthaltungen.

Deutschland gehörte bei dieser Abstimmung zu den 42 Gegenstimmen.

Der Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu entwickeln, zu testen, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung, der Einsatz, sowie die Androhung verboten. Darüber hinaus verbietet der Vertrag die Unterstützung solcher Aktivitäten. Weiterhin wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten.

An den Beratungen zu diesem Vertrag war die weltweite Initiative der „Mayors for Peace“ - der Bürgermeister für den Frieden beteiligt. Zu dieser Initiative von 8.466 Städten in 166 Ländern gehört seit 1986 auch die Stadt Wuppertal.

Dieser völkerrechtswirksame Vertrag vermittelt die Hoffnung, diese schrecklichen Massenvernichtungswaffen von diesem Planeten verschwinden zu lassen. Trotz der aktuell gefährlichen Weltlage, bei der die Drohung des Atomwaffeneinsatzes mit kalkuliert ist. Das weltweite Atomarsenal beträgt derzeit rund 13.000 Atomwaffen, darunter etwa 1.800, die in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden.

Dem Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres ist zuzustimmen. Er erklärte, die Welt befinde sich in einer »Zeit nuklearer Gefahr, wie es sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat«. Die Menschheit laufe »Gefahr, die Lehren zu vergessen, die in den schrecklichen Feuern von Hiroshima und Nagasaki geschmiedet wurden«. Die Welt sei »nur ein Missverständnis oder eine Fehlkalkulation von der nuklearen Vernichtung entfernt«.

Die logische Konsequenz dazu ist die Abschaffung aller Atomwaffen! Und von unserer Regierung ist zu fordern: Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag und damit Verzicht auf die „atomare Teilhabe“ mit der Konsequenz der Abschaffung aller in Deutschland lagernden Atomwaffen.

Friedenserhaltung geht nicht mit immer weiterer Aufrüstung.

Das Wissen in dieser Welt ist vorhanden, wie Konflikte diplomatisch geregelt werden können. Die Entspannungspolitik der 1970er Jahre ist dazu vielen noch in guter Erinnerung.

Politisch erleben wir derzeit eine riesige Aufrüstungsinitiative. Darüber freut sich besonders der Sponsor des BVB, der Rüstungskonzern Rheinmetall, denn dessen Umsätze und Profite erfuhren seit 2022 enorme Steigerungen.

Kriegslogik dominiert die Politik und der soll die Gesellschaft folgen.

Dies dürfen wir nicht zulassen!

Friedenslogik muss die politische Handlungsoption sein!

Wir fordern:

- **Waffenstillstand bei den aktuellen Kriegen**
- **diplomatische Anstrengungen zu neuen Abrüstungsvereinbarungen weltweit**
- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag**
- **keine neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland**
- **weltweite Vereinbarungen zu sozialem Ausgleich**